



CHRISTIAN STUTTERHEIM / BUNDESBLDSTELLE

Amerika-Besucher Fischer (in New York): „Eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung schaffen“

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ein unheimliches Gefühl“

Außenminister Joschka Fischer über amerikanische Besatzungssoldaten und Bob Dylan, den Vietnam-Krieg und seine Visionen vom künftigen Verhältnis zwischen den USA und Europa

SPIEGEL: Herr Fischer, was fühlen Sie, wenn Sie an die Vereinigten Staaten von Amerika denken? Furcht vor der Größe, Bewunderung, vielleicht auch Neid oder doch eher eine gewisse Abwehrhaltung gegen das unbestreitbare Dominanzstreben?

Fischer: Vieles von dem, was Amerika repräsentiert, bewundere ich. Vor allem den radikalen Begriff von Freiheit, das Verständnis von „checks and balances“ in dieser alten Demokratie und den Optimismus, diese Dynamik der Amerikaner. Anderes lehne ich ab: Todesstrafe, Waffengesetze, fehlende soziale Sicherheit. Und ich vermisse dort unsere alten Städte und die Gegenwart alter Geschichte. Jedes Mal, wenn ich mich in den USA aufhalte, spüre ich

doch, wie sehr ich Europäer bin. Wenn Sie so wollen, fühle ich mich zwischen den Kontinenten zu Hause.

SPIEGEL: Etwa gleich weit von Amerika und Europa entfernt „auf dem mittelatlantischen Rücken“, wie Sie mal gesagt haben?

Fischer: Ja, denn die deutsche Demokratie wurde auf den Grundwerten der Aufklärung und damit der amerikanischen und Französischen Revolution wieder errichtet. Dort finden Sie die Normen definiert, und dort ist das Institutionengefüge entwickelt worden. Beide Länder sind Töchter der Aufklärung und damit unverzichtbar.

SPIEGEL: Dieses Amerika-Bild überrascht umso mehr, als ein großer Teil der Deutschen ein ganz anderes besitzt: Todesstrafe, Mc-Jobs und marschierende US-Marines haben sich eingepägt.

Fischer: Amerika ist als Land sehr widersprüchlich. Ich weiß nicht, ob die Marines

im Juni 1944, als die Befreiung des von Hitler beherrschten Europa begann, am Omaha Beach dabei waren. Mein Freund Dany Cohn-Bendit, Jahrgang 1945 und Kind deutscher Juden, datiert seine Geburtsstunde zu Recht auf die Landung der Alliierten in der Normandie. Bei mir bleibt diese Tatsache immer präsent.

SPIEGEL: Wenn Sie an Ihre Jugend zurückdenken ...

Fischer: ... erinnere ich mich vor allem an die GIs. Ich bin in der Nähe von Schwäbisch-Hall und später am Stadtrand von Stuttgart aufgewachsen. GIs waren für mich vom ersten Augenblick an, wo wir als Steppkes von den Soldaten Schokolade und Kekse abstaubten, immer Teil meiner deutschen Realität. Dasselbe galt später für die Rockmusik aus dem Soldatensender AFN.

SPIEGEL: Gab es bei Ihnen so etwas wie einen amerikanischen Traum?

Das Gespräch führten die Redakteure Hans-Joachim Noack und Gabor Steingart.

Fischer: Keinen amerikanischen, aber meinen ganz eigenen Traum von Freiheit. Das war für mich die Musik von Bob Dylan.

SPIEGEL: Und wie verhielt sich damals Ihr Elternhaus?

Fischer: Meine Familie hatte in den fünfziger Jahren einmal erwogen, in die USA auszuwandern, aber meine Mutter setzte sich durch, und wir blieben. Gott sei Dank – sonst wäre ich jahrgangsmäßig voll in das Vietnam-Schlamassel hineingeraten.

SPIEGEL: Der ehemalige Fotografen-Lehrer und Taxifahrer Fischer schloss sich in den sechziger Jahren der Studentenbewegung und dem „Revolutionären Kampf“ an – in Vietnam fielen die Napalm-Bomben.

Fischer: Das war in meinem Amerika-Bild ein sehr radikaler Bruch. Aus Befreiern wurden Unterdrücker. Vietnam war ein antikolonialer Befreiungskrieg, den die USA führten, weil sie entlang der Domino-Theorie glaubten, er würde die Freiheit der westlichen Welt gefährden – ein tragischer Irrtum, ein großer politischer Fehler.

SPIEGEL: ... und das nur wenige Jahre nach der kurzen Ära des Präsidenten John F. Kennedy, den viele Ihrer Generation verehrten.

Fischer: Kennedy war für uns damals fast eine Ikone. Ich werde seine Ermordung nie vergessen: Es gab einen Fernseher im Haus, da versammelten sich alle, als die Berichte der „Tagesschau“ aus Dallas kamen, Jackie auf dem Auto. Das Bild hat sich eingebrannt.

SPIEGEL: Obwohl es ja Kennedy war, der als Erster die Militärberater nach Vietnam geschickt hatte.

Fischer: Damals war ich noch zu jung. Vietnam kam für mich später, Präsident Lyndon B. Johnson, Robert McNamara und wie sie alle heißen. Das hatte zur Folge, dass es für mich von nun an ein doppelgesichtiges Amerika gab: Das eine, das in Vietnam als kolonialer Unterdrücker Krieg führte, und jenes, das gegen diesen Krieg protestierte und ihm widerstand. Für mich und andere Gleichgesinnte war es nie eine Frage, gegen die USA als Land zu sein, sondern wir verstanden uns als Teil dieser gerade in den Staaten sehr starken Protestbewegung. Der Anti-Vietnam-Protest war international.

SPIEGEL: Sie sind dann hier zu Lande auf die Straße gegangen. Wo genau, in welchem politischen Umfeld, marschierte der Joschka Fischer von damals?

Fischer: In der Sponti-Szene in Frankfurt am Main. Der Politologe Andrei Markovits hat in einem Beitrag für „Foreign Affairs“ – wo er das an meiner Person aufschlüsselt – eine Analyse publiziert, die ich teile. Die radikale Linke setzte sich damals in Deutschland aus vier Grundströmungen zusammen, die sich dann später ausdifferenziert haben: Es gab den antiimperialistischen Teil. Dann gab es die traditionell linke Amerika-Kritik der Realsozialisten, etwa im Sowjetblock und bei ihren deut-

schen Ablegern, der SED oder der DKP. Protestantische Kreise und Teile der Friedensbewegung pflegten ihre Abneigung aus einer national-linken Perspektive – und es gab schließlich die westlichen Marxisten, denen wir Spontis nahe standen.

SPIEGEL: Wer hat den jungen Fischer stärker beeinflusst, Bob Dylan oder doch eher Karl Marx?

Fischer: Eindeutig Bob Dylan. Dylan war und ist für mich eine hoch emotionale Geschichte. Die Musik hat mich die Lehre schmeißen lassen. Ich wollte frei sein, weg, meinen eigenen Weg gehen – und zwar dorthin, wo ich die Freiheit vermutete.

SPIEGEL: Das Land der Freiheit und das Land mit der größten Militärmaschinerie der Welt – wie bringen Sie das zusammen?

Fischer: Das ist nicht zusammenzubringen. Berkeley, Woodstock, Martin Luther King einerseits und dann Vietnam, Chile, die



Rocklegende Dylan (1965)
„Mein Traum von Freiheit“

Contras andererseits. Mein Bild von Amerika bleibt widersprüchlich, aber das Positive überwiegt eindeutig. Ich sehe es als eine der größten historischen Leistungen der USA an, 1945 in Europa geblieben zu sein. Hätten sie dies nach 1918 bereits getan – ich meine das nicht kritisierend, sondern lediglich in der Rückschau – Adolf Hitler hätte nie eine Chance gehabt. Allerdings: Für Hitler und die Nazis tragen allein wir Deutsche die Verantwortung. Ohne die Entscheidung der USA, 1945 dem zerstörten Kontinent auf die Beine zu helfen, lebten wir heute nicht in einem wiedervereinigten Deutschland.

SPIEGEL: Eine Erkenntnis, die Sie schon in den Achtzigern veranlasste, die Westbindung zu propagieren?

Fischer: Ich habe schon damals in meiner Partei gesagt – und deswegen war ich auch gegen das „Raus aus der Nato“, das die Grünen 1983 beschlossen –, dass für mich

der Hauptgegner der deutsche oder besser, der Nationalismus überhaupt ist, eine Pest, mit der Europa sich selbst zerstörte.

SPIEGEL: Und um diese Gefahr zu bannen, gebrauchten Sie in einem Ihrer Bücher das Wort „Verwestlichung“, das für viele ein eher negativer Begriff war.

Fischer: Für mich nicht. Für mich ist die Verwestlichung Deutschlands die positive Auflösung der ganzen Widersprüche unserer Geschichte seit der Bildung des ersten Nationalstaates 1871. Ich habe meine Freunde immer gefragt: Wollt ihr denn, dass wir mit unserem Nationalismus als Linke wieder alleine dastehen?

SPIEGEL: „Ami go home“ war für Sie keine Parole?

Fischer: Das war kein Thema für mich, weil ich mir sagte, die Amis müssten am Ende wiederkommen, wenn sie jetzt gehen. 1917, 1941, 1946 und zuletzt auf dem Balkan – viermal im 20. Jahrhundert ging es nicht ohne sie.

SPIEGEL: Vor allem die Konservativen bemühten rituell die „Deutsch-amerikanische Freundschaft“, die als „DAF“ von den Linken verspottet wurde.

Fischer: Damit hatte ich nie etwas zu tun. Jahre, die für mich wichtig waren, verbrachte ich als Taxifahrer in Frankfurt, und ich hatte dadurch ein sehr eigenes und enges deutsch-amerikanisches Verhältnis. In diesem Job wusste ich nämlich, dass, wenn es „Take me to Gelnhausen“ – die Kaserne, in der Colin Powell war – hieß, die Schicht sehr positiv wird. Das gab gutes Geld.

SPIEGEL: Gebührt den USA sozusagen naturgesetzlich der Rang als Führungsmacht, weil sie weltweit über eine unvergleichliche militärische Power verfügen?

Fischer: Schon die Formulierung gefällt mir nicht. „Gebühren“ tut überhaupt nichts und naturgesetzlich schon gar nicht. Es ist nicht so, dass die Macht Amerikas einem großen Masterplan zur Welteroberung entspringen ist. Vielmehr hat das Land jeweils auf historische Bedrohungen reagiert. Das können Sie schon daran erkennen, dass die USA nach dem Ende des Kalten Krieges den Rückzug antraten.

SPIEGEL: Aber dieser Rückzug galt nicht für ihre ökonomische Omnipotenz, die sich in alle Länder, alle Kontinente auszudehnen versucht.

Fischer: Der Anfang der ökonomischen Dominanz Amerikas datiert von 1914. Der Erste Weltkrieg hat den Finanzplatz London herabgestuft und das Vereinigte Königreich nicht mehr zum Hauptkreditgeber gemacht, sondern zum Schuldner bei den USA, und damit sank der Stern Europas. Die USA sind jetzt die einzige Macht, sie haben kein Widerlager mehr.

SPIEGEL: Und der Rest der Welt hat das hinzunehmen?

Fischer: Es geht nicht um Hinnehmen. Es liegt in der Hand von uns Europäern, dies zu ändern. Die Schwäche Europas muss in



Woodstock-Festival (1969): „Die Musik hat mich die Lehre schmeißen lassen“

der europäischen Integration, in der Vollendung des politischen, des demokratischen Europa überwunden werden. Die These „Zu viel Amerika“ teile ich daher nicht – ich vertrete die These „Zu wenig Europa“.

SPIEGEL: Wobei der Aufbau europäischer Strukturen in Amerika durchaus als Bedrohung verstanden wird – zum Beispiel vom Ex-Außenminister Henry Kissinger.

Fischer: Henry Kissinger denkt zu sehr in den Kategorien der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, von Hegemonie und Gleichgewicht. Die europäische Integration ist ihm fremd. Sie liegt aber im Interesse der USA.

SPIEGEL: Kissinger sagt: „Was die wirtschaftlichen Angelegenheiten betrifft, so sind die traditionellen Kanäle amerikanisch-europäischer Zusammenarbeit bereits dabei auszutrocknen. Ähnliches droht in der Außen- und Sicherheitspolitik.“

Fischer: Was Kissinger beklagt, dafür haben alle Bundesregierungen seit 1957 hart gearbeitet. Wir sind heilfroh, dass EU-Handelskommissar Pascal Lamy heute die Prokura hat, für 375 Millionen Europäer Wettbewerbsfragen mit der US-Regierung zu klären. Das schafft mehr Handel, mehr Stabilität, mehr Jobs auf beiden Seiten des Atlantiks und mehr Kooperation. Ich teile den negativen Unterton von Kissinger überhaupt nicht.

SPIEGEL: Deutsch-amerikanische Freundschaft oder europäische Integration oder beides: Was genau ist Ihr Ziel?

Fischer: Das ist keine Alternative. Die transatlantischen Beziehungen bleiben der zentrale Eckpfeiler für Frieden und Stabilität im 21. Jahrhundert. Für uns und die USA. Nehmen Sie ein Bild: Von der Größe her lassen sich die USA mit einer Wasser-

melone vergleichen. Ein politisch vollendetes Europa hingegen kann die Größe einer Honigmelone erreichen.

SPIEGEL: Was will uns der Dichter damit sagen?

Fischer: Dass Europa kein hegemoniales Projekt ist und dass es das auch nie werden wird. Aber ein handlungsfähiges und vereinigt Europa ist unverzichtbar, damit wir die Ordnung der Dinge in der Welt des 21. Jahrhunderts mitbestimmen.

SPIEGEL: Sie predigen die deutsch-amerikanische Freundschaft ...

Fischer: ... ich predige nicht und schon gar nicht die deutsch-amerikanische Freundschaft. Ich mag Amerika und seine Menschen.

SPIEGEL: ... und gleichzeitig tun Sie etwas anderes: Sie bauen Europa als zusätzliches Kraftzentrum aus.

Fischer: Aber das ist nicht gegen Amerika gerichtet, im Gegenteil. Wenn Sie sich die Welt des 21. Jahrhunderts anschauen: Wo werden Sie einen ökonomisch, sozial und politisch wirklich stabilen Raum finden? Es wäre ein historischer Idiotismus sondergleichen, unsere Beziehung zu den USA, diesen transatlantischen Raum der Stabilität, der immer wieder erneuert werden muss und dessen Bedingungen sich verändern, in Frage zu stellen. Selbst ein vereinigt Europa hat immer ein Interesse an einer starken transatlantischen Rückversicherung.

SPIEGEL: Das gegenseitige Verhältnis hier und heute ist geprägt auch von Misstrauen und von Unverständnis für den jeweils anderen. Woran liegt das?

Fischer: An uns selbst. Mir ist das klar geworden, als meine Tochter als Austauschschülerin in den USA war. Die ging mit völlig anderen Vorstellungen hin und war



Studentenproteste (1970 in Ohio): „Wir verstanden

darüber schockiert, wie anders der amerikanische Alltag sich ihr darstellte, auch in den Familien und den Schulen. Erst allmählich wurde ihr klar: Das ist doch ein sehr anderes Land.

SPIEGEL: Ihre Tochter hatte sich die USA als ein etwas schöneres Deutschland vorgestellt – freier, bunter, schriller?

Fischer: Ich glaube, so war es. Es war ein Bild geprägt durch die TV-Sitcoms oder die Jugendsendungen. Amerika ist ein Land, das aus sich selbst heraus verstanden werden muss und nicht aus L. A., New York oder Washington, sondern aus Iowa, Arkansas oder Texas. Je mehr ich dieses Amerika kennen gelernt habe, desto klarer wurde mir, wie komplex es ist.

SPIEGEL: Amerika sieht sich selbst als Weltpolizist. Können Sie verstehen, dass in einer Welt, die von sechs Milliarden Menschen bewohnt wird, viele Deutsche diesem Anspruch mit Misstrauen begegnen?

Fischer: Ich verstehe das, auch wenn ich es nicht teile.

SPIEGEL: Warum nicht?

Fischer: Sie müssen immer auch die positive Ordnungsrolle der USA sehen. Die jüngste Ankündigung zur Reduzierung der Nuklear-Arsenale der USA und Russlands bringen ein Mehr an Sicherheit. Aber ich begreife mich als Bote für Botschaften, selbst wenn sie unbequem sind. Das sollte man im Wahljahr nicht tun, doch als Außenminister fühle ich mich verpflichtet.

SPIEGEL: Und wie sieht diese unbequeme Botschaft aus?

Fischer: Eine Mehrheit der Amerikaner teilt paradoxerweise das Unbehagen der Deutschen und würde sich gern aus der Rolle des Weltpolizisten zurückziehen. Ein Teil der Gut-böse-Rhetorik hängt stark damit zusammen, dass man eigentlich ein unwill-



uns als Teil der Protestbewegung“



Börse an der New Yorker Wall Street: „Deutliche Differenzen zwischen den USA und Europa“

liges Land ist, das sich selbst genügt und viel stärker nach innen als nach außen schaut. Sie können es an der Ambivalenz sehen, die Amerika zu den Vereinten Nationen hat. Die Uno ist eindeutig ein Kind der USA. Sie wurde von Franklin D. Roosevelt, vielleicht die beeindruckendste Figur des 20. Jahrhunderts, erdacht und in San Francisco gegründet. Warum tun sich die USA damit so schwer? Weil sie sich selbst als die bereits verwirklichte Vereinigte Nation begreifen.

SPIEGEL: Sollten wir Deutsche das durchgehen lassen oder, bei allem Verständnis für die Prozesse der amerikanischen Willensbildung, auf mehr Einfluss zum Beispiel für die Vereinten Nationen pochen?

Fischer: O ja, das sollten wir. Geduldig und immer wieder. Ich sage Ihnen als überzeugter Multilateralist: Eine Welt von demnächst sieben Milliarden Menschen wird immer plural sein. Die wird nicht von einem Punkt her bestimmt werden, und sei dieser auch noch so mächtig.

SPIEGEL: Müsste die deutsche Regierung den Amerikanern nicht klarer sagen, dass sie eigentlich nur vier Prozent der Bevölkerung dieser Erde stellen und dass sich daraus kein Anspruch für eine Weltherrschaft ableiten lässt?

Fischer: Ich stimme Ihnen in der Sache völlig zu. Aber das Sagen ändert an der Realität nichts. Es geht in der harten Wirklichkeit der internationalen Politik darum, dass Sie die Gewichte so setzen, dass aus der Ansage etwas folgt. Beispiel Kyoto: Europa hat ein Gewicht, Deutschland allein nicht. Das gilt auch beim Internationalen Strafgerichtshof.

SPIEGEL: Wo haben Sie Zweifel, ob die Amerikaner mit ihrer Sicht richtig liegen? Wo sehen Sie Redebedarf?

Fischer: Es gibt viele Fragen, die wir miteinander kritisch diskutieren: Gewinnen wir mehr Sicherheit durch eine Expansion der Rüstungshaushalte in den Größenordnungen, wie wir es gegenwärtig erleben? Ich meine, nein! Ist es nicht notwendig, den Terror nicht nur militärisch zu bekämpfen, sondern gleichzeitig zu verhindern, dass sich Terrorismus in zusammengebrochenen Staatsstrukturen entwickeln kann? Müssen wir uns nicht ökonomisch, sozial und politisch viel mehr engagieren, damit es keine zerfallenden Staaten gibt, nicht diese schwarzen Löcher zusammengebrochener Ordnung? Ist nicht Nation Building ein ganz wichtiger Punkt? Ausdehnung der Hilfe für die armen Länder? Müssen wir nicht eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung schaffen, indem wir Marktzugänge für Schwellen- und Dritte-Welt-Länder verbessern? Ist die Frage der Ressourcenverteilung nicht eine der ganz harten sicherheitspolitischen Verteilungsfragen der Außenpolitik für Frieden und Stabilität im 21. Jahrhundert, die wir kooperativ lösen müssen? Und ist der Unilateralismus wirklich eine Perspektive? Ich meine klar, nein. In all diesen Punkten gibt es in der Perspektive zwischen Europäern und den USA deutliche Differenzen.

SPIEGEL: Dass Sie den Namen „Europa“ häufiger in den Mund nehmen als den Namen „Deutschland“, ist kein Zufall?

Fischer: Europa ist unsere Zukunft, Deutschland unsere Heimat. Dieses Deutschland wird politisch und ökonomisch mehr und mehr in Europa eingebunden werden und als ein sehr wichtiger Teil dieses Europas werden wir in Washington heute schon wahrgenommen.

SPIEGEL: Ist das Stichwort von der Normalität, das vor allem Bundeskanzler Gerhard

Schröder immer wieder gebraucht, nicht eigentlich falsch? Das klingt so, als wenn wir zu irgendetwas zurück wollten.

Fischer: Ich mag den Begriff „Normalität“ nicht. Es geht nicht um Normalität. Wir schaffen eine neue historische Realität, das politische Europa, das nach 1945 begann und wesentlich durch die Entscheidung der USA begründet ist, in Europa zu bleiben.

SPIEGEL: Haben Sie Befürchtungen, dass es in Berlin zu tumultähnlichen Szenen kommen könnte, wenn US-Präsident Bush der Hauptstadt in der kommenden Woche seinen Besuch abstattet?

Fischer: Der US-Präsident ist uns sehr willkommen, und ich freue mich, dass er im Bundestag sprechen wird. Es wird sicher kritische Meinungsäußerungen geben, friedliche Demonstrationen gehören zu einer offenen Gesellschaft und sind Teil der Demokratie.

SPIEGEL: Sicherheitsexperten rechnen mit Gewalt auf der Straße.

Fischer: Die Frage der Friedlichkeit ist für mich von zentraler Bedeutung. Gewalt und Anti-Amerikanismus lehne ich ab. Vor dem Brandenburger Tor haben am 14. September 2001 Hunderttausende von links bis rechts ihre Solidarität mit den vom Terror angegriffenen USA ausgedrückt. Offene Worte und Solidarität unter Freunden machen die Qualität unserer Beziehungen aus, und nicht Gewalt und Vorurteile.

SPIEGEL: Amerikanische Präsidenten als Berlin-Besucher, ob im geteilten Berlin oder danach, wurden immer herzlich empfangen. Befürchten Sie diesmal ein Begeisterungsdefizit?

Fischer: Ich bin kein Experte in Begeisterungstürmen oder Begeisterungsdefiziten.

SPIEGEL: Herr Fischer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.